

Stuttgart, 1. Oktober 2014

Pressemitteilung

Universitäten fordern Signal der Politik zur künftigen Finanzierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Vorsitzender der Rektorenkonferenz in Baden-Württemberg: „Forschungsfähigkeit der Universitäten akut bedroht“

Die baden-württembergischen Universitäten begrüßen die Entscheidung des Bundes, die Evaluation der Exzellenzinitiative in die Wege zu leiten und hierzu eine hochkarätig besetzte Kommission unter Leitung des Schweizer Physikers Dieter Imboden einzusetzen.

„Das ist ein richtiger Schritt“, erklärt der Vorsitzende der baden-württembergischen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Hans-Jochen Schiewer für die bei der Exzellenzinitiative besonders erfolgreichen Landesuniversitäten. „Wir gehen davon aus, dass die Evaluation zu einer Fortführung des Programms führen wird. Aber damit wird nur ein Teil des Finanzierungsproblems angegangen.“

Trotz der erfolgreichen Verhandlungen um die künftige Landesfinanzierung und der positiven Signale zur Exzellenzinitiative sind die Universitäten finanziell weiterhin auf Ebene des Bundes akut bedroht. Denn immer noch offen steht ab 2015 die Fortführung der sogenannten Programmpauschale, durch die der Bund über die Deutsche Forschungsgemeinschaft Vorhaben mit 20 Prozent des Projektvolumens bezuschusst. Die Mittel werden verwendet, um einen Teil der Kosten für die notwendige Infrastruktur zu decken.

Nach Baden-Württemberg flossen im Rahmen der DFG-Programmpauschale allein 2012 rund 46 Millionen Euro. »Gerade für die forschungsstarken Universitäten Baden-Württembergs käme der Wegfall der Programmpauschalen einer Katastrophe gleich«, sagt der Vorsitzende der baden-württembergischen Rektorenkonferenz, der Freiburger Rektor Prof. Dr. Hans-Jochen Schiewer. »Ohne die Programmpauschale werden wir im Forschungsbereich handlungsunfähig. Die Landesfinanzierung ist bereits mit der Finanzierung des Studienplatzausbaus und der Erhöhung der Grundfinanzierung an der Grenze ihrer Leistungskraft. Bei der Forschung können wir auf den Bund nicht verzichten.«

Bisher gibt es noch kein Bekenntnis zum Erhalt der Programmpauschalen. Auf die im Juli 2014 geäußerte Forderung des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, für die Wissenschaft rasch Klarheit und Planungsperspektiven zu schaffen, habe die Bundespolitik noch immer nicht reagiert. Die Zeit dazu werde immer knapper, da die Vorlaufzeiten für die Projektanträge häufig bis zu einem Jahr betragen. Die Planungsunsicherheit zwingt die Universitäten paradoxerweise unter Umständen, gutachterlich bewilligte Projekte abzulehnen.

»Ohne das notwendige Geld, werden wir ins Mittelmaß zurückfallen, weil wir keine guten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehr als Professoren gewinnen können,« befürchtet Schiewer. Die Besten könne man nur mit einer guten Forschungsinfrastruktur anwerben, die in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern je Professur mindestens eine Million Euro koste, erläutert Schiewer. Er fordert die Landespolitik auf, sich beim Bund für den Erhalt und die erforderliche Erhöhung der Programmpauschale einzusetzen und appelliert an die Bundeskanzlerin, hierfür im Kabinett und in der Regierungskoalition zu werben.